

Beschluss des Landrates vom 14.06.2018

Nr. 2130

27. Deponie-Strategie für Basel-Landschaft 2018/469; Protokoll: ak, ble

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) informiert, dass der Regierungsrat das Postulat entgegennehme und seine Abschreibung beantrage.

Florence Brenzikofer (Grüne) bedankt sich für die Stellungnahme und die Bereitschaft, das Postulat entgegenzunehmen. Die BUD arbeitet laut der Stellungnahme unter Hochdruck an einer Strategie, die aber heute noch nicht vorliegt. Deshalb sollte das Postulat erst abgeschrieben werden, wenn die Strategie vorliegt.

Wieso braucht es eine Strategie? Es sollte möglichst wenig Aushub geben, mit dem Fokus auf Recycling. Der Weg wäre: Bauschutt wenn möglich vermieden, und: erst rezyklieren, erst dann deponieren. Die Bevölkerung des Laufentals hat sich vor knapp zwei Jahren erfolgreich gegen die geplanten Deponiestandorte gewehrt. Eine neue Richtplanänderung ist aktuell in der Vernehmlassung, und dabei wird vielerorts Kritik laut. Es müssen aus dem letzten Debakel im Laufental unbedingt Lehren gezogen werden. Damit sich eine solche Situation bei einem Volksentscheid nicht wiederholt, ist die Strategie notwendig. Liegt sie einmal vor, kann man überlegen, welche Standorte notwendig sind und welche aus dem Richtplanentwurf gestrichen werden können. Deshalb muss das Postulat stehengelassen werden.

Jan Kirchmayr (SP) schliesst sich der Vorrednerin an; die SP-Fraktion ist für Überweisung und Stehenlassen des Vorstosses. Der Ansatz muss sein, dass Aushub vor allem wiederverwertet und erst dann deponiert werden soll. Es ist erfreulich, dass eine Strategie erarbeitet wird. Bis sie vorliegt, ist der Vorstoss stehenzulassen.

Franz Meyer (CVP) nimmt vorweg, dass die CVP/BDP-Fraktion das Postulat ebenfalls überweisen, aber noch nicht abschreiben würde. Der Regierungsrat hat die Begründung mit der Stellungnahme selbst gegeben: Die Regierungen beider Basel haben die gemeinsame Abfallbewirtschaftung mit Massnahmen zur Verminderung von Abfall beschlossen. Dabei besagt Massnahme Nr. 12: «Zusammen mit der Baubranche und den betroffenen kantonalen Stellen wird eine Strategie zur Optimierung der stofflichen Verwertung von Bauabfällen und zum Einsatz von Recycling von Baustoffen entwickelt und umgesetzt». Unter Leitung von Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro wurde eine entsprechende Task-Force eingesetzt. Der Regierungsrat hat wohl Recht, dass es weiterhin Deponien brauchen wird, weil nicht alles rezykliert werden kann. Aber erst wenn die Strategie vorliegt, ist das zu erwartende Volumen bekannt. Dies ist in der heutigen Standortbeurteilung ein wichtiger Punkt. Deshalb die Haltung der Fraktion: Das Postulat ist zu überweisen, und wenn die Strategie dann – hoffentlich bald – vorliegt, sind auch die entsprechenden Zahlen bekannt.

Markus Graf (SVP) findet es richtig, dass in Sachen Deponie der ganze Fächer geöffnet wird. Recycling ist in der Baubranche auch ohne politische Interventionen ein stetiges Thema, wenn es darum geht, Kosten zu senken und Abläufe optimieren. Wenn man etwas aus der Abstimmung über die Deponiestandorte im Laufental lernen kann, dann dies: Solch grosse Deponien, die über Generationen betrieben werden, werden von der Bevölkerung nicht goutiert; solche Projekte lassen sich ohne den Rückhalt bei der in der Umgebung lebenden Bevölkerung nicht mehr realisieren.

Das Baselbiet ist durch seine Topographie eigentlich prädestiniert für Auffüllungen. Bei sauberem

Aushub von Typ A wäre dies angebracht. Bei der Evaluation der geplanten neuen Standorte wurden leider wieder die gleichen Fehler gemacht wie beim letzten Anlauf, wie die vielen negativen Antworten der Gemeinden zeigen. Scheinbar fehlt den Verantwortlichen in der BUD das nötige Fingerspitzengefühl. Statt mit Augenmass an solch heikle Themen heranzugehen, wird gleich via Presse oder mit Briefen an Landeigentümer oder Gemeinden Verunsicherung und Angst geschürt, sich schon vorweg eine ablehnende Haltung entwickelt. Wenn sich diese Einstellung in der Verwaltung nicht ändert, wird es auf lange Sicht keine neuen Deponiestandorte im Baselbiet geben. Deshalb ist ein kleiner Teil der SVP-Fraktion für Stehenlassen, denn durch Vor-sich-her-Schieben lassen sich Probleme nicht lösen.

Der grössere Teil der Fraktion wird das Postulat als erfüllt betrachten und abschreiben, da mit der Einsetzung einer Task-Force eine Lösung in Sachen Bewertung von Bauabfällen aufgegleist worden ist.

Thomas Eugster (FDP) ist für eine Überweisung des Postulats. Das Gesamte müsse betrachtet werden. Einerseits sollte mehr rezykliert und mehr gleich wieder am selben Standort eingesetzt werden, gerade wenn es um den Aushub geht und dieser wiederverwendbar ist. Andererseits braucht es trotzdem auch mehr Deponievolumen. Man sieht, dass tatsächlich etwas geht mit der Abfallplanung BS und BL. Der Votant kommt zum selben Schluss wie Franz Meyer. Die FDP-Fraktion ist mehrheitlich für eine Abschreibung des Postulats, denn es bringt nichts, es stehen zu lassen. Es wird auch im Jahr 2018 wieder einen Bericht geben – und 2019. Es handelt sich um einen längeren Prozess.

Linard Candreia (SP) ist in der Frage der Deponien sehr vorsichtig geworden in Zusammenhang mit längerfristigen Planungen. Warum? Weil es in dieser Frage viele Unbekannte gibt. Eine ist, wie Franz Meyer angetönt hat: Wieviel wird in den nächsten Jahrzehnten noch deponiert, wenn vermehrt recycelt anstatt deponiert wird? Wieviel wird weniger gebaut, respektive wird in 20 Jahren noch viel gebaut?

Eine Strategie ist auch eine Auslegeordnung. Und dabei müsste man auch ein wenig über die Kantonsgrenzen hinaus schauen. Beispielsweise wurde der Kanton Zürich immer wieder als sehr gutes Beispiel hervorgehoben. Nach der Abstimmung im Laufental stehen noch zu viele Fragen – und auch Erkenntnisse – im Raum. Der Votant ist gegen eine Abschreibung.

Regierungspräsidentin **Sabine Pegoraro** (FDP) meint, das Thema sei wichtig und dringend, das Postulat sollte überwiesen werden. Der Regierungsrat hat aber dargelegt, dass man bereits mitten im Prozess ist. Das Postulat ist also nicht als Anstoss zu verstehen und kann daher abgeschrieben werden.

Das Volumen des Deponiematerials war in der Vorlage zur KRIP-Anpassung (Deponiestandorte) ausgewiesen, welche abgelehnt wurde. Damals wurde sehr sorgfältig abgeklärt, wieviel es ist. Gestützt auf diese Abklärungen wurden Standorte im Teil West und Ost des Kantons gesucht. Es wurde eine Task Force eingesetzt, zusammen mit den Baumeistern und den Gemeinden, um eine Lösung zur Volumenreduktion zu finden. Das ist eine wichtige Forderung, denn es stehen grosse Bauprojekte an, und es wird viel anfallen. Man wird aber nicht das ganze Volumen reduzieren können. Recycling hilft beim Bauschutt, bei den Inertstoffen, beim Aushub geht es aber nicht. Es braucht Standorte für die Deponien. Auch in dieser Frage braucht es Solidarität. Die Gemeinden müssen mitmachen. Es kann auch nicht alles ins Ausland gebracht werden oder in die Nachbarkantone. Der Auftrag des Bundes lautet, die Deponiestandorte auszuscheiden. Heute will niemand einen Deponiestandort auf seinem Gemeindegebiet, und es heisst, macht es doch in die «Höli» in Liestal, dort hat es noch Platz. Irgendwann ist auch dort der Platz ausgeschöpft. Die grosse Ablehnung der Gemeinden in dieser Frage ist sehr zwiespältig. Zwar wollen sie, dass auf ihrem Ge-

biet grosse Bauvorhaben ausgeführt werden, aber mit dem Aushubmaterial wollen sie dann nichts zu tun haben. Das ist Vogelstrausspolitik.

://: Das Postulat wird stillschweigend überwiesen und mit 44:32 Stimmen bei 1 Enthaltung stehen gelassen.
